Ökonomen fordern höhere Inflationsraten

Die Ära der stabilen Währungen geht zu Ende. Weltweit fordern Ökonomen höhere Inflationsraten – um so die Staatshaushalte unauffällig zu entschulden. Doch die Politik des billigen Geldes ist kein eleganter Weg: Steigende Preise sind nichts anderes als kalte Enteignung.

Bislang galt ein jährlicher Anstieg der Verbraucherpreise von 1,5 bis drei Prozent als tolerierbar. Jetzt, im Zuge der heraufziehenden Staatsschuldenkrise, wird diese Schwelle angehoben. Der Internationale Währungsfonds (IWF) bringt ein Inflationsziel von vier Prozent ins Gespräch. Andere Ökonomen gehen weiter: Fünf Prozent Inflation über mehrere Jahre könne die amerikanischen Staatsschulden "signifikant reduzieren", rechnen die US-Ökonomen Joshua Aizenman und Nancy Marion vor. Es gebe in Zeiten schwachen Wachstums kaum einen anderen Weg.

Kenneth Rogoff, Harvard-Professor und Ex-Chefvolkswirt des IWF, der seit Jahren selbst seine eigene finanzielle Absicherung mit Teakholz betreibt, hat sich schon voriges Jahr für sechs Prozent ausgesprochen, um die "Schuldenbombe zu entschärfen und um uns durch den Entschuldungsprozess zu helfen".

Dies ist erst der Anfang. Je mehr Staaten sich fiskalisch in die Enge gedrängt sehen, desto lauter wird der Ruf nach Hilfe durch die Notenbanken – also nach einer laxeren Geldpolitik. Und wenn man schon Geldwertstabilität neu definiert, warum dann bei vier oder sechs Prozent aufhören, warum nicht zehn oder 20 Prozent?

Die Konsequenz liegt auf der Hand. Sachwerte erhalten ihren Wert, die möglichen Renditen der Finanzmarktprodukte werden von der Inflation (oft mehr als) aufgefressen.

Lohnt der Umstieg auf Gold? Nein. Denn sein Wert wird zwar mit der Inflation steigen, am Ende dieser Phase aber wieder genauso sinken. Gold ist ein Sachwert im Finanzmarkt und daher den Spekulationen und Schwankungen des Finanzmarktes genauso ausgeliefert.

Nachwachsende Rohstoffe hingegen haben zu jeder Zeit ihren Markt und wachsen natürlich – börsenunabhängig. Weil die aktuellen Wirtschaftsprobleme aber kein kurzfristiges Phänomen sind, sondern das Ergebnis einer jahrzehntelangen Wirtschaft auf Pump und weil die Folgekosten der Überalterung der westlichen Gesellschaften noch überhaupt nicht berücksichtigt werden, wird dieses Thema die Politik noch lange beschäftigen.